Jörg Roesler

Tag X

Als die D-Mark ins Saarland kam

Legenden - Fakten - Vergleiche

Manuskript des Vortrages, den der Autor am 1. Juli 2009 bei der Peter-Imandt-Gesellschaft/Rosa-Luxemburg-Stiftung in Saarbrücken hielt.

Impressum
Peter-Imandt-Gesellschaft e.V.
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Saarbrücken
Futterstraße 17-19
66111 Saarbrücken
Tel. 0049 (0) 681-5953892
Fax: 0049 (0) 681-5953893
www.peter-imandt.de
email: imandt@web.de

Titelfoto: In Folge des Tag X kam es in Saarbrücken zu einer großen Protestdemonstration gegen Preisteuerung. Aus Sammlung Luitwin Bies.

Prof. Dr. Jörg Rösler, Jahrgang 1940, Studium der Wirtschaftswissenschaften und Geschichte an der Humboldt-Universität, Lehrtätigkeit am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität. Bis 1991 Forschungsgruppenleiter für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Danach Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam. Mitglied der Leibniz-Sozietät und Gastprofessuren u. a. in Montreal und Toronto.

1. Die Planungen für den Tag X in der Bundesrepublik

Der Tag X fand in der deutschen Nachkriegsgeschichte ein erstes Mal im Saarland statt – am 6. Juli 1959, fast auf den Tag genau vor 50 Jahren.[1] Doch der Plan zum Tag X war ursprünglich nicht für das Saarland entwickelt worden. Ende 1952, unmittelbar nach der Gründung des „Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands" bei der Bundesregierung setzte in Bonn die Sofortplanung für jenen Tag X ein, an dem in Ostdeutschland die DM eingeführt werden würde und somit die DDR zumindest währungshoheitlich Bestandteil der Bundesrepublik werden sollte. Bis Juli 1954 wurden die in Zusammenhang damit für notwendig erachteten Planungen fürs erste abgeschlossen und von der Bundesregierung gebilligt.[2]

Eine bevorstehende Vereinigung des Saarlandes mit der Bundesrepublik hatte man Mitte der 50er Jahre nicht bedacht, weder in Paris, noch in Bonn, geschweige denn in Saarbrücken.[3] Das zwischen Frankreich und der Bundesrepublik 1954 ausgehandelte Saarstatut zur Europäisierung und Autonomisierung des Saarlandes enthielt keine Regelung darüber, was geschehen sollte, falls das Statut von der Saarbevölkerung abgelehnt wird.[4] Ungeachtet dessen stimmte die Saarbevölkerung im Oktober 1955 mit Zweidrittelmehrheit gegen das Statut und für den Anschluss des Saarlandes an Deutschland.[5] Die bundesdeutsche und die französische Regierung mussten sich an einen Tisch setzten und überlegen, wie sie diesem demokratisch geäußerten Willen gerecht werden konnten. Nach monatelangen Verhandlungen wurde – unter Ausschluss der Vertreter des Saarlandes[6] –im Oktober 1956 zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg der Saarvertrag abgeschlossen[7], der die politische Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik ab Januar 1957 und den wirtschaftlichen Anschluss bis spätestens Dezember 1959 vorsah. Er wurde bekanntlich ein halbes Jahr früher als es diese Frist zuließ vollzogen.[8]

2. Die Vorbereitung auf den Tag X an der Saar

Wesentlicher als das konkrete Datum für den Tag X war, dass er am Ende eines Vereinigungsprozesses stand, der nach Zustimmung der französischen Nationalversammlung und des deutschen Bundestages, sowie nach der Beitrittserklärung des saarländischen Landtags Ende 1956 am 1. Januar 1957 mit der Übernahme von Eisenbahn und Post durch die Bundesbehörden eingeleitet worden war.[9] In der Festlegung dieser Reihefolge – mit der politischen Vereinigung beginnen und mit der wirtschaftlichen abschließen – waren die Aushandler des Saarvertrages der so genannten Krönungstheorie gefolgt, die auf früheren Erfahrungen von Währungskonversionen – u. a. der an der Saar 1935 - beruhte und besagte, dass bis dahin separate Wirtschaften erst dann verschmolzen werden sollten, wenn sich ihr wirtschaftliches Niveau angenähert hat, um die infolge einer Währungsumstellung unvermeidlich auftretenden Friktionen in der Wirtschaft des weniger fortgeschrittenen Landes(-teils) so gering wie möglich zu halten.

Dementsprechend blieben auch nach dem 1. Januar 1957 zwischen Saarland und Bundesrepublik die alten Zollgrenzen bestehen, d.h. das Saarland konnte nicht sofort mit Waren aus der Bundesrepublik überschwemmt werden. Der innere Markt blieb für die Saarbetriebe geschützt, der erleichterte Zugang zum französischen Absatzgebiet blieb erhalten. Die Bundesregierung stellte bis Mitte 1959 insgesamt 1,5 Mrd. DM in Gestalt von direkten Subventionen, Steuererleichterungen, Ansiedlungsbeihilfen, u. v. a. m. zur Verfügung[10], mit deren Hilfe die saarländischen Betriebe so aufgerüstet werden sollten, dass sie auch im Bereich der neun alten Bundesländer konkurrenzfähig werden konnten.[11] Als ungünstig erwies sich später, dass diese Mittel in der Regel als Kredite gewährt wurden, die irgendwann zurückgezahlt werden mussten und damit die Staatsverschuldung des Saarlandes beschleunigten.[12]

Mit den bundesdeutschen Planungen des Tag X für die DDR – offiziell immer noch die Sowjetzone genannt – hatte der Tag X des Saarlandes, wenn man von der rein finanztechnischen Seite der Währungskonversion nach einem festgelegten Wechselkurs absieht, wenig zu tun. Denn nach den von der Bundesregierung gutgeheißenen Planungen des Forschungsbeirates sollte in der DDR die Währungsunion am Anfang des Vereinigungsprozesses stehen, also zu einem Zeitpunkt durchgeführt werden, an dem die DDR noch über eine eigene (Übergangs-)Regierung verfügte, zwar nicht mehr auf wirtschaftlichem wohl aber auf politischem Gebiet noch immer souverän war. Eine zeitweilige Abschirmung der Wirtschaft der „Sowjetzone" in der Übergangszeit zwischen Tag X und politischer Vereinigung und damit die Krönungstheorie wurde von den Experten für die „Zonenwirtschaft" im Forschungsbeirat abgelehnt, obwohl die Experten um das beträchtliche ökonomische Niveaugefälle zwischen DDR und Bundesrepublik wussten. Das politische Kalkül war, dass die ostdeutsche Regierung nach dem Tag X wegen der verschwundenen Zoll- und Währungsgrenze mit dem Rücken gegen die Wand stände und deshalb dem westdeutschen Diktat ausgeliefert sein würde.[13]

Wie die DDR gehörte das Saarland nach Bonner Auffassung zur deutschen Irredenta, d. h. zu den „unerlösten Gebieten". Warum bestand die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit Frankreich nicht auf dem bereits ausgearbeiteten Konzept eines Beitritts, der mit dem Tag X beginnen würde?

Dafür waren m. E. vier Gründe maßgeblich. Erstens verhandelte die Bundesregierung nicht direkt mit der Regierung des Saarlandes, einem schwachen Partner, sondern mit der stärksten politischen Macht in Westeuropa, mit Frankreich, das seine eigenen Vorstellungen hatte, wie der Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik vollzogen werden sollte, wenn er denn schon unvermeidbar war. Frankreich musste in eigenem Interesse an

einer Zeit der wirtschaftlichen Anpassung für seine Betriebe, die in das Saarland lieferten bzw. von dort Güter bezogen interessiert sein. Die Bundesrepublik hatte darauf Rücksicht zu nehmen [14].

Zweitens spielten in Luxemburg bereits die Verhandlungen über eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft eine Rolle, die man keineswegs durch das Saar-Problem blockieren wollte.[15]

Drittens hatten die Saarländer den letzten Anschluss ans Reich noch in Erinnerung. Bei der damaligen Ein- bzw. Rückgliederung[16] hatte mit dem 1. März 1935 die Saarwirtschaft über Nacht den französischen Markt verloren und war der erheblichen Konkurrenz der Ruhrindustrie ausgesetzt, „welche die nicht so gut rationalisierte Saarwirtschaft stark bedrängte". So entstand damals eine „sehr schwierige Situation für die Saar". [17] Derartiges wollte man beim zweiten Anschlussfall an der Saar unbedingt vermeiden.

Viertens wurde der Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik sehr rasch als „kleine Wiedervereinigung" apostrophiert, als Generalprobe für jene „große" zwischen Bundesrepublik und DDR, von der die Politiker in Bonn damals immer wieder mit Emphase redeten.[18] Für die Propagierung ihrer Wiedervereinigung mit der „Zone" wäre es ein schlechtes Omen gewesen, wenn an der Saar nach dem Tag X die Wirtschaftsprobleme eskalierten.

In Saarbrücken war man sich des Vorbildcharakters der Eingliederung des Saarlandes für die Zusammenführung des ost- mit dem westdeutschen Staat wohl bewusst. Die Abgeordneten des saarländischen Landtages versuchten im Jahre 1956 ihren Forderungen nach höherer finanzieller „Rückgliederungshilfe" aus Bonn mit dem Hinweis auf den günstigen Eindruck, den das bei der Bevölkerung in der „Sowjetzone" machen würde, Nachdruck zu verleihen.[19] Die Führer der Eisenbahnergewerkschaft an der Saar mahnten unmittelbar vor dem Tag X in einem Brief an

Bundeskanzler Adenauer die „im Hinblick auf den Modellfall einer Wiedervereinigung aller Deutschen" gegebene Versprechungen auf sozialem Gebiet einzuhalten.[20] Publizisten warnten anlässlich heftiger Auseinandersetzungen innerhalb der CDU-Saar um die Behandlung der politischen Führer der bis 1955 herrschenden „separatistischen" Staatspartei des Saarlandes (CVP) davor, durch den hässlichen Streit Wähler zu verprellen. „Verbitterte Nichtwähler in großer Zahl wären der Beweis dafür, dass es der Bundesrepublik nicht gelungen ist, an der Saar einen positiven Modellfall für die Deutsche Wiedervereinigung in die Welt zu setzen."[21]

3. Der Tag X an der Saar und seine wirtschaftlichen Folgen

„Den Menschen an der Saar blieb der Tag X viel stärker im Bewusstsein als der politische Akt von 1957", schreibt einer der Chronisten der saarländischen Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD.[22] Im Gedächtnis der Saarländer erwies sich nicht die politische Integration in die Bundesrepublik, sondern der vor ihnen bis zuletzt geheim gehaltene Tag der wirtschaftlichen Rückgliederung, als die eigentliche Zäsur. [23]

Trotz mancher Bedenken sehnten die meisten Saarländer, nachdem sie sich im Oktober 1955 für den Anschluss an die BRD entschieden hatten, den nicht von vornherein fixierten, aber bis spätestens Ende 1959 fälligen Tag X und damit den endgültigen Beitritt zum „Wirtschaftswunderland" herbei. „In den Vordergrund schieben sich", hieß es in einem Artikel der Saarbrücker Zeitung im September 1958, „die Fragen nach dem Endtermin der Übergangszeit, dem Funktionieren des späteren zollfreien Warenaustausches zwischen Frankreich und dem Saarland und dem Erhalt zahlreicher Arbeitsplätze, nach den Absatzmöglichkeiten auf dem westdeutschen Markt, nach der Art und Wirkung der Währungsumstellung und nach der Beibehaltung gesetzlich verankerter günstiger sozialpolitischer Bestimmungen."[24] Die Saarländer atmeten auf, als in Bonn, Paris und Saarbrücken der wirtschaftliche Anschluss des 10. Bundeslandes am 4. Juli verkündet

wurde und in Anwesenheit des saarländischen Ministerpräsidenten in der Nacht vom 5. zum 6. Juli die Zollschranke in Homburg-Eichescheid endgültig öffnete. Am Morgen des 6. Juli begann in den Geldinstitutionen der Umtausch zum Kurs von 100 frs. zu 0,85 DM. An der neuen Währung mangelte es nicht. Am Morgen des 6. Juli waren, begleitet von schwer bewaffneten Bundesgrenzschutz-Einheiten, 600 Mill. DM ins Saarland gebracht worden – unter strengster Geheimhaltung, versteht sich und unter dem Decknamen Aktion „Mairegen". Die Umtauschaktion selbst dauerte zehn Tage und verlief organisatorisch problemlos.[25]

Buchstäblich vom Tag X an begannen bundesdeutsche Firmen den saarländischen Markt mit ihren Produkten zu überschwemmen. Pausenlos kamen LKWs mit bundesdeutschen Waren über Rheinland-Pfalz ins Saarland, die Post musste die zwanzigfache Menge an Paketen bewältigen Anzeigen der Firmen aus dem „Reich" beherrschten die saarländischen Tageszeitungen und die großen deutschen Versandhäuser schickten über 100.000 Kataloge in die Haushalte von Saarbrücken bis St. Wendel. Zahllose Vertreter bundesdeutscher Firmen klopften persönlich an die saarländischen Türen der saarländischen Haushalte. Sie brachten ihre neuesten Produkte und gelegentlich diverse Ladenhüter an die neuen Kunden. „Ihre Methoden", schreibt ein Chronist des Tages X, „waren nicht immer seriös und reichten von Einladungen zum ‚Eingliederungsessen' über diverse Werbegeschenke bis zu unlauterem Wettbewerb und Bauernfängerei. Viele wollten die Saarländer regelrecht melken".

Auch echte Nachfrage bestand genug: vor allem Kühlschränke, Staubsauger, Küchenmaschinen und Fernsehgeräte, teilweise 50 Prozent billiger als die bisher marktbeherrschenden französischen Produkte, waren begehrt, daneben auch Schuhe und Kleidung und nicht selten auch deutsche Autos und Waschmaschinen.[26] Doch die Kaufgelüste der Saarländer waren weitaus größer als ihre Kaufkraft, und viele gaben nicht nur das neue Geld rasch aus,

sondern sogar solches, das sie gar nicht hatten – indem sie sich mit Ratenkäufen behalfen. Mindestens ein Viertel der neuen Kunden kaufte auf Pump.[27]

„Nicht nur die Ratenzahlungen, sondern auch der Wegfall der familienbezogenen Lohnzulagen und die heimlichen Preiserhöhungen im Umfeld der Währungsumstellung … führten dazu ,"schreibt unser Chronist, „dass manche, die vorher die französische Butter auf der Fensterbank kühlten, im neuen deutschen Kühlschrank nur noch Margarine hatten."[28]

Viele behaupteten jetzt, den Saarländern sei am Tag X ein X für ein U vorgemacht worden, auch im sozialen Bereich. Die Mehrheit der Saarländer glaubten schon an das deutsche Wirtschaftswunder, aber kaum einer daran, dass die Soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik sozialer sei als das unter französischen Vorgaben entstandene Sozialsystem an der Saar. Anlass neuer Unzufriedenheit war die erst allmählich in das Bewusstsein der Saarländer dringende Erkenntnis, dass mit der Einführung der DM auch eine Wirtschafts- und Sozialunion mit der BRD verbunden sein würde. Nach dem ersten Zahltag wussten sie, dass das durchschnittliche Niveau der Angestelltenrenten im Saarland 30 % höher gelegen hatte als in der Bundesrepublik. Auch konnte die Altersrente bis dahin bereits mit der Vollendung des 60. Lebensjahres (BRD: 65. Lebensjahr) bezogen werden. Mit buchstabengetreuen Verwirklichung der Sozialunion mit der BRD würde die Arbeitnehmeranteile zur Krankenversicherung von 3,5 auf 4,5 % für die Arbeiter und von 2,5 % auf 3,1 % für die Angestellten steigen.[29] Im April 1959 – inzwischen war abzusehen, dass der Tag X nicht erst am Ende des Jahres, sondern noch im Sommer kommen würde – protestierte die Eisenbahnergewerkschaft in Saarbrücken gegen die bedingungslose Übernahme des bundesdeutschen Sozialrechtes. „Es erscheint uns unverständlich", hieß es, „dass die Besserstellungen der Saar in dieser radikalen Weise auf die

bundesdeutschen Regelungen reduziert werden sollen." Man wolle auf die mit dem Familienlohnsystem zusammenhängenden „sozialen Errungenschaften" wie Frauenzulage und Kindergeld bereits vom ersten Kind ab genau so wenig verzichten wie auf die „Fortzahlung des Lohnes im Krankheitsfalle die bessere Urlaubsregelung usw. usf.[30] Die Nachricht, das auf all dies nach dem Tag X verzichtet werden müsse, habe, erklärten die Gewerkschafter „helle Empörung unter der Arbeiterschaft der Saar ausgelöst."[31] Die Enttäuschung sei um so größer, als Adenauer Gewerkschaftsvertretern von der Saar vor und nach der Abstimmung vom Oktober 1955 „zugesichert (habe), dass die Arbeitnehmerschaft der Saar aufgrund ihrer Haltung zur Saarabstimmung keine Nachteile – auch auf sozialpolitischem Gebiet – erfahren darf."[32]

Und auch daran erinnerten die Gewerkschafter: Im Dezember 1956 hatte der Bundestag von der Bundesregierung in einer einstimmig angenommenen Empfehlung gefordert, „bei der Eingliederung des Saarlandes dafür zu sorgen, dass bei den Beamten, Angestellten und Arbeitern und bei den Empfängern von Sozialleistungen im Saarland ... der Besitzstand gewahrt bleibt".[33] Als der Tag X aber kam lehnte die Bundesregierung soziale Sonderregelungen für das zehnte Bundesland[34] kategorisch ab. „Alle Versuche, durch fallweise Eingriffe des Staates ... die besonderen sozialen Regelungen künstlich aufrechtzuerhalten, führen letzten Endes dazu, den ohnehin schwierigen Eingliederungsprozess hinauszuzögern und zu erschweren", hieß es in Bonn[35]. Das soziale Sicherungssystem des Saarlandes hatte sich dem niedrigeren bundesdeutschen Niveau anzupassen.[36] Hatten – bei Familien mit 2 Kindern und mit 700 DM Bruttolohn – vor dem Tag X die Nettoeinnahmen dank der Zulagen dem Bruttogehalt entsprochen, so betrug der Nettolohn nach dem Tag X nur noch 85 % des Bruttolohnes.[37] Bei Bergarbeitern erreichten die realen Einkommensverluste bis zu 30 %.[38]

Zunächst aber war es die sofort spürbare Verschlechterung ihrer Kassenlage, die die Saarbevölkerung in Unruhe versetzte. Spontane Proteste hagelte es insbesondere wenn Geschäfte und staatliche Dienststellen „der Einfachheit halber" bei der Umstellung der Preise für ihre Waren bzw. Dienste 100 Franken in 1 DM umrechneten. Mit Demonstrationen, Protestschreiben und spontanen Äußerungen – an einigen Orten sogar durch „Bierstreiks" – zeigten die betroffenen Bürger ihren Unmut über die „Preistreiber". Am 9. Juli streikten die saarländischen Arbeitnehmer[39], am 13.7. gab es eine Studenten-Demonstration gegen die Preispolitik und für den 4. 11. 1959 hatte die ÖTV in Saarrücken eine machtvolle Demonstration organisiert.[40] Die Protestierenden äußerten ihren Unwillen nicht nur gegenüber der Landesregierung, sondern beschwerten sich auch über die Haltung der Bundesregierung. Den ungünstigen Eindruck zu zerstreuen, bemühte sich Wirtschaftsminister Erhard mit einem Blitzbesuch im Saarland noch im Juli.[41] Im November 1959 hatte Bundespräsident Lübke auf einem Saarlandbesuch die beunruhigte Bevölkerung erneut zu beschwichtigen.[42]

Die CDU-Regierung in Saarbrücken, die geglaubt hatte, den Tag X für sich buchen zu können, reagierte auf die Proteste der Bevölkerung z. T. gereizt. So bezeichnete Ministerpräsident Röder die berechtigten Klagen der Studenten über zu hohe Fahrpreise im öffentlichen Nahverkehr – die Verkehrsbetriebe in Saarbrücken und Neunkirchen hatten sie um 30 bis 60 % erhöht[43] – als „Staffage ostzonaler Agitatoren".[44] Obwohl sich die Preise relativ bald an das bundesdeutsche Niveau anpassten und obwohl viele Gehälter an die Tarife von Nordhrein-Westfalen angeglichen wurden, blieben Angst und Unruhe in der Bevölkerung lebendig.[45]

Ungeachtet des mancherorts deutlich zum Ausdruck gebrachten Unmuts der Saarländer, glaubte man drei Monate nach dem Tag X im Bonner Wirtschaftsministerium, dass die wirtschaftliche Rückgliederung vollständig gelungen sei. „Keinerlei Schwierigkeiten in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Wirtschaft; Auftrags- und Beschäftigungslage ausgezeichnet", lautete die

Meldung, die am 14. Oktober 1959 auf Wirtschaftsminister Erhards Schreibtisch landete.[46] Im Glauben, der Anpassungsakt sei überstanden, wagte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) bereits am 20. Oktober 1959 eine „Bilanz der Rückgliederung der Saar". Diese fiel rundherum positiv aus. „Im Gegensatz zu den Erfahrungen von 1935 ist bis jetzt keine Stockung im Wirtschaftsleben eingetreten. Der Sprung ins kalte Wasser hat den Unternehmen nichts geschadet". Als Ursache gab die FAZ drei Faktoren an: „Die günstige konjunkturelle Situation; die Regelung des zollfreien Warenaustauschs mit Frankreich und die vielseitigen wirtschaftsfördernden Maßnahmen, die von Bonn und Saarbrücken bereits in der Übergangszeit getroffen wurden." [47] Das von den Architekten der wirtschaftlichen Rückgliederung gesteckte Ziel, die saarländische Wirtschaft innerhalb von drei Jahren auf bundesdeutsches Niveau zu bringen,[48] schien erreichbar.

Diese günstige Einschätzung der wirtschaftlichen Umstellung war allerdings nicht auf Dauer zu halten. Dem saarländischen Einzelhandel hatte der Tag X z.B. zwar zunächst eine kurze Blütezeit beschert. Doch als sich große bundesdeutsche Handelskonzerne mit Filialbetrieben und Supermärkten im Anschlussgebiet etablierten, konnten viele einheimische Kaufhäuser und Läden nicht mehr mithalten und mussten schließen. Die saarländischen Tabakfabriken gerieten im Laufe der Zeit unter dem Druck westdeutscher Markenwaren derart in Schwierigkeiten, dass sie vielfach Konkurs anmeldeten.

Nach der Währungsumstellung mussten 25 mittlere und über 100 kleine Betriebe aufgeben. Dabei gingen etwa 5.000 Arbeitsplätze verloren.[49] Unter dem Eindruck rücksichtsloser Konkurrenz warnte der Geschäftsführer der „Gesellschaft für Wirtschaftsförderung" im Saarland davor „solche Maßlosigkeit zu dulden, wenn uns endlich einmal das Glück der großen Wiedervereinigung mit der sowjetisch besetzten Zone beschieden wird."[50]

Diejenigen saarländischen Politiker, die von Anfang an den Unterschied zwischen beiden Wirtschaftsordnungen, der französischen und der deutschen, betont hatten, fühlten sich im Nachhinein durch den Verlauf der Wirtschaftsintegration des Saarlandes in die Bundesrepublik bestätigt. „Die Anpassung zwar zweifellos nicht leicht," hieß es 1962, die Erfahrungen von drei Jahren wirtschaftlichem Anschluss resümierend, „denn das System der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik wich von der stark protektionistisch aufgebauten saarländischen und französischen Wirtschaftsverfassung entschieden ab."[51]

Es hatte sich herausgestellt, dass die zweieinhalbjährige bzw., wenn man vom Abstimmungstermin ausgeht, dreieinhalbjährige Möglichkeit der wirtschaftlichen Anpassung der Saarbetriebe an das bundesdeutsche Niveau nicht ausgereicht hatte, um sie konkurrenzfähig zu machen und so musste das zehnte Land der Bundesrepublik nicht nur „*zunächst* künstlich ernährt werden", wie der Präsident der Industrie- und Handelskammer des Saarlandes das am Tag X meint, sondern noch jahrelang.[52] Busemann spricht von einer „in mancher Hinsicht fehlgeschlagenen Eingliederung des Saarlandes".[53] Beim Pro-Kopf-Aufkommen an Ländersteuern erreichte das Saarland im Jahr 1960 nur 69,6 % des Bundesdurchschnitts und fiel bis 1963 auf 65,7 % noch weiter zurück.[54]

1960, anderthalb Jahre nach dem Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik schätzte eine kleine Minderheit von Saarländern (7 %) ein, dass es ihr besser ging als zuvor. Für die anderen bedeutete der Währungsschnitt eine Zäsur in ihrem Leben, die „die ‚goldene Zeit' beendete."[55] Die Mehrzahl der Saarländer hielt ihre wirtschaftliche Lage 1960 für schlechter als am Tage X.[56] Dabei waren die Schwierigkeiten der Marktumstellung nach 1959 im Jahre 1960 auf dem Arbeitssektor noch gar nicht angekommen, da die in der Zeit der politischen Eigenständigkeit des Saarlandes unterbliebenen

Arbeitszeitverkürzungen, die ab 1959 nachgeholt wurden, einen starken kompensatorischen Arbeitskräftebedarf auslösten. Erst nach Abschluss diese Phase und unter zunehmendem Druck der Kohlekrise nahm die Arbeitslosigkeit im Saarland deutlich zu. In den 60er Jahren wurden mehr als ein Dutzend Gruben stillgelegt und die Zahl der im Bergbau Beschäftigten fiel auf weniger als die Hälfte.[57] Im Landesdurchschnitt überstieg ab 1963 die Arbeitslosenquote im Saarland den Bundesdurchschnitt und lag 1967 bei 3,5 % verglichen mit 2,1 % in der gesamten Republik.[58]

Die Schwierigkeiten der Rückgliederung waren sozusagen nahtlos in die Strukturkrise und Mitte der 60er Jahre in die erste Wirtschaftskrise der Bundesrepublik übergegangen. „Der Strukturwandel im Saarland 1955," schreibt Hahn, „war deshalb so kompliziert, weil sich darin säkulare Trends wie die europäische Kohlekrise mit den singulären Auswirkungen der politischen und wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik zu einem unentwirrbaren Geflecht verknüpften".[59] Die Kompliziertheit des „doppelten Strukturwandels" wurde von den Saarländern vielfach nicht reflektiert. Sie wunderten sich lediglich, warum der Anschluss des zehnten Bundeslandes an das wirtschaftliche und Wohlstandsniveau der übrigen neun Bundesländer so lange dauerte. Bis 1967 stagnierte die Leistungsfähigkeit der saarländischen Wirtschaft, was daran erkennbar ist, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Saarprodukte, gemessen an der Ausfuhr zwischen 1960 (1,84 Mrd. DM) und 1967 (1,94 Mrd. DM) so gut wie nicht erhöhte.[60]

Gegenüber der Zeit vor dem Tag X ging es, so ergab eine Befragung durch das Infas-Institut im Sommer 1968, 22 % der Saarländer wirtschaftlich besser. 37 % schätzten ihre Wirtschaftslage gleich ein, 34 %, schlechter.[61] Die einzelnen Klassen und Schichten waren nach der repräsentativen Befragung unterschiedlich betroffen. Schlechter als vor dem Tag X ging es fast 10 Jahre danach nach eigener Aussage „nur" 22 % der Angestellten und Beamten, 30 %

der Freiberuflichen und Selbständigen, aber 45 % der Facharbeiter und 46 % der An- und ungelernten Arbeiter.[62] Die Enttäuschungen über die Entwicklung in der Zeit seit der Rückgliederung führten bei jedem dritten Saarländer sogar zu der Ansicht, dass es dem Lande besser ginge, wenn es nicht der Bundesrepublik angeschlossen worden wäre. Nur 15 % glaubten, dass es ohne die asymmetrische Vereinigung, wie der Historiker derartige Beitritte auch nennt, dem Saarland 1968 ökonomisch schlechter gehen würde. Die im Oktober 1955 gefällte Entscheidung zugunsten der Eingliederung in die Bundesrepublik stand für die Saarländer allerdings, von einer kleinen Minderheit abgesehen, nicht mehr zur Debatte.[63] Wesentlichen Anteil daran, dass sich die Saarländer während der 60er Jahre – trotz der für sie ungünstigeren materiellen Bedingungen in die Bundesrepublik integrierten – ist nach Auffassung von Wilfried Busemann, dass „durch die Annahme und sachgemäße Nutzung der Mitbestimmung, der vielfältigen Arbeits- und Sozialrechte" die Gewerkschaften ihren Mitgliedern wesentlich „den Eintritt in die soziale Realität der Bundesrepublik" erleichterten.[64]

4. Die Auseinandersetzungen um die Platzierung des Tages X im Prozess der „großen Wiedervereinigung"

Unmittelbare Schlussfolgerungen des Forschungsbeirates für die Wiedervereinigung aus der Entwicklung im Saarland nach dem Tage X sind bisher nicht entdeckt worden.[65] Der Beirat selbst geriet in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, als die CDU-Regierungen durch die der Großen bzw. der sozialliberalen Koalition abgelöst worden waren, allmählich ins Abseits. Die währungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Anschlussprogramme für die SBZ verschwanden in der Schublade. Erst 1985 wurde die komparative Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in beiden deutschen Staaten durch die Bundesregierung wieder belebt. 1987 erschienen die „Materialien zur Lage der Nation im geteilten Deutschland"–

allerdings ohne Rückgriff auf die Anschlussprogramme der 50er bzw. der ersten Hälfte der 60er Jahre. [66]

Doch im Dezember 1989 war es dann wieder soweit. Noch vor dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden am 19. Dezember 1989, bei dem ihm erstmals der Gedanke gekommen sein soll, dass nun eine Wiedervereinigung möglich sei[67], wurde im Kreis der engsten Vertrauten des Kanzlers um Innenminister Schäuble und Kanzleramtsminister Seiters wieder eine Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik und diesmal der DDR diskutiert. Am 15. Januar 1990 lag dem Kanzler ein Konzept „Zehn Punkte auf dem Weg zu einer deutsch-deutschen Währungsunion" vor.[68] Auch die SPD-Opposition beteiligte sich am Gedankenspiel und veröffentlichte ihre Überlegungen zu einem Währungsverbund zwischen Bundesrepublik und DDR.[69] In Osten Deutschlands fand die Auffassung, dass die Mark der DDR konvertibel werden müsse – was nur mit westdeutscher Hilfe möglich sein würde – ebenfalls Anhänger. Einer der ersten, der dies auch öffentlich aussprach, war der im Herbst 1989 politisch einflussreich gewordene Direktor des Elektronik-Kombinats Robotron Friedrich Workuka, der in einem Interview auf die Frage des „Spiegel": Würden Sie eine konvertible DDR-Mark begrüßen? mit „ Ja, in jedem Fall" antwortete.[70]

Allerdings war Mitte Januar 1990 noch nicht entschieden welche Stellung der Tag X haben, welche Rolle die Währungsumwandlung im Prozess der Annäherung und Vereinigung beider deutscher Staaten spielen sollte.

„Sofort ist nicht möglich. Wir brauchen mindestens drei Jahre dazu, aber möglicherweise auch fünf Jahre, ehe eine volle Konvertibilität erreicht ist", hatte Warzecha Ende November dem „Spiegel" gesagt.[71] Mindestens drei Jahre bis zur „vollständigen Konvertibilität" sah das von der DDR-Regierung unter Hans Modrow ausgearbeitete und von der „revolutionären

Nebenregierung“ Runder Tisch „positiv eingeschätzte“, „Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR“ vor. Bis dahin sollten im Rahmen der konzipierten Reform eine Vielzahl von Anpassungsmaßnahmen vorgenommen werden.[72] Um diese Anpassung finanzieren zu können, forderte Modrow als Finanzhilfe zur Konsolidierung der DDR-Wirtschaft auf dem World Economic Forum in Davos am 3. Februar 1990 15 Mrd. DM von der Bundesregierung.[73]

Während im Osten Einmütigkeit darüber herrschte, dass der Tag X am Ende eines wirtschaftlichen Angleichungsprozesses stehen müsse, war die Meinung im Bundesfinanzministerium geteilt. Die einen plädierten, dem ökonomischen Sachverstand folgend, für eine bedächtige Vorgehensweise in einem langfristigen Angleichungsprozess über mehrere Etappen, an dessen Ende gewissermaßen als Krönung der Tag X stehen müsse.[74] Ihnen war die Unterstützung der maßgeblichen „Wirtschaftsweisen“ gewiss, die mit dem „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ der Bundesrepublik über ein einflussreiches Sprachrohr verfügten.[75]

Die anderen, eher politisch denkenden Ministerialbeamten im Finanzministerium plädierten dafür, die Währungsunion und damit den Tag X an den Beginn des wirtschaftlichen Vereinigungsprozesses zu stellen.[76] Sie griffen dabei höchstwahrscheinlich auf die unter dem Forschungsbeirat zu Fragen der Wiedervereinigung einst entwickelten Vorstellungen und Ausarbeitungen zum Tag X, die seit zweieinhalb Jahrzehnten in der Schublade gelegen hatten zurück, weil sie meinten, so den Vereinigungsprozess im Interesse der Bundesrepublik besser steuern zu können. Wie ihnen bekannt war, hatte der Forschungsbeirat schon in den 50er Jahren nachgewiesen, dass eine DDR-Regierung, welcher politischen Coleur auch immer, nach dem Tag X wegen der verschwundenen Zoll- und Währungsgrenze mit dem Rücken gegen die Wand stände und sich gegen westdeutsche Ratschläge kaum zu wehren in der

Lage sein würde. Dieses politische Kalkül fand ein Teil der Ministerialbeamten im Bonner Finanzministerium offensichtlich auch für 1990 attraktiv.

Am 7. Februar 1990 fiel die Entscheidung: Das Kabinett Kohl verabschiedete das Konzept einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR, das den Tag X an den Beginn des Einigungsprozesses stellte.[77]

Zwar protestierten die „Wirtschaftsweisen" gegen diese Entscheidung in einem Brief an den Bundeskanzler am 9. Februar 1990. Das Schreiben enthielt eine nachdrückliche Begründung dafür, warum „die Währungsunion nach unserer Auffassung nicht am Beginn stehen sollte".[78] Kohl antwortete in der Bundestagsdebatte zur Deutschlandspolitik, auf „kritische Stimmen von Experten" zur Kabinettsentscheidung: „In einer solchen Situation (wie der augenblicklichen – J.R.) geht es um mehr als Ökonomie, so wichtig Ökonomie auch ist."[79] Lutz Hoffmann, als Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaft einer der Wirtschaftsweisen, hatte parallel zum Protestschreiben des Sachverständigenrates in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gewarnt: „Die Kohle- und Stahlkrise im Ruhrgebiet, die Werftenkrise an Nord- und Ostsee oder die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in den so genannten Zonenrandgebieten sind alles Bagatellprobleme im Vergleich zu dem, was mit der kurzfristigen Vereinigung der beiden deutschen Staaten an wirtschaftlichen Strukturproblemen … auf uns zukäme." Hoffmann bezeichnete die Vorschläge des Kabinetts Kohl zum Tag X als „wider die ökonomische Vernunft" gerichtet.[80]

Der Kanzler ließ sich dagegen vom Wirtschaftswissenschaftler Hans Willgerodt von der Universität Köln im März 1990 ein Gutachten anfertigen, mit dem die Setzung des Tages X an den Beginn des Einigungsprozesses aus ökonomischer Sicht voll gerechtfertigt wurde. „Nach Öffnung der Grenze für den Freihandel mit der Bundesrepublik", schrieb Willgerodt, „werden zahlreiche

bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe aufgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbeitrag zugeflossen ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen wie die Gewinnmöglichkeit für Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenübersteht. Die gerade zu Beginn der Reform zu erwartende Produktivitätssteigerung kann sehr hoch sein und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe durch Kostensenkung massiv erhöhen."[81]

Hoffmann hat Willgerodt später ob dieses Gutachtens harte Vorwürfe gemacht und verlangt: „Wirtschaftspolitische Berater sollten nicht in die Rolle von Claqueuren schlüpfen, nur weil sie fürchten, dass die Politiker sonst ihren Sachverstand als ‚politisch wertlos' beiseite schieben könnten." [82]

Sein politisches Kalkül behielt Kohl natürlich für sich. Nur mit ihm als „Kanzler der Einheit" an der Spitze hatte die CDU eine Chance, bei den anstehenden Bundestagswahlen im Herbst 1990 wiedergewählt zu werden. Nur als Kanzler der Einheit konnte er seine Position innerhalb der CDU festigen nachdem er im September 1989 beinahe durch einen innerparteilichen Putsch gestürzt worden wäre.[83] Um dieser Einheit noch vor dem Wahltermin im Dezember 1990 zu vollenden, benötigte er eine Regierung in der DDR, die sich seinen Plänen für einen raschen Tag X nicht widersetzen würde. Wenn dieser Tag erst einmal gekommen war – schon frühzeitig war der 1. Juli 1990 dafür als Datum gesetzt – besaß die Bundesregierung, so Kohls Kalkül, alle Möglichkeiten, den weiteren Verlauf des Einigungsprozesses über den Umfang der notwendig werdenden finanziellen Hilfsleistungen für die wirtschaftlich ungeschützte DDR von Bonn aus zu steuern.

Mit dem Wahlsieg der von Kohl inspirierten „Allianz für Deutschland“ am 18. März 1990 und der Bildung des sich als Übergangsregierung verstehenden Kabinette von Lothar de Maiziere im April waren auch in der DDR die Voraussetzungen für die Realisierung von Kohls Plan geschaffen.[84]

Die später entwickelte und bis heute aufrecht erhaltene Version, warum die Währungsunion und damit der Tag X am Beginn des Einigungsprozesses stehen sollte, basierte auf dem Argument, die Bundesregierung habe das „window of opportunity“ nutzen müssen, eine weltpolitisch angeblich nur für kurze Zeit bestehenden Gelegenheit, die deutsche Einheit im Konsens mit den vier Siegermächten, d. h. einschließlich der von Gorbatschow geführten Sowjetunion zu erreichen.[85]

Angesichts von Kanzler Kohls Vereinigungsstrategie nimmt es nicht wunder, dass sich die Bundesregierung bei der Verfolgung der „großen Wiedervereinigung“ Bezugnahmen auf die drei Jahrzehnte zurückliegende „kleine“ enthielt. Gewissermaßen am Rande des Wiedervereinigungsgeschehens versuchten einige Publizisten, Politiker und Wissenschaftler im ersten Quartal 1990 die „Wiedervereinigung im Kleinen“ als Vorbild oder doch wenigstens als Erfahrungsschatz ins Gespräch zu bringen. Der prominente Journalist Robert Leicht tat das in einem immerhin eine ganze Seite umfassenden Artikel „Königsweg zur Einheit“ in der „Zeit“ Anfang März 1990. In seinem Beitrag, der den Untertitel „Das Saarland als Beispiel: Wie ein abgestufter Beitritt zur Bundesrepublik gelang“ trug, trat der Autor für eine etappenweise Zusammenführung beider deutscher Staaten und ihrer Wirtschaften ein. Als Leicht seine Gedanken aufschrieb, schien die Möglichkeit, Erfahrungen des Tages X im Saarland in das bundesdeutsche Einigungsmanagement einzubringen noch gegeben[86].

Im Frühjahr 1990 war man sich auch an der Saar der Parallelen der eigenen mit der (bevorstehenden) Wiedervereinigung der

Ostdeutschen mit der Bundesrepublik bewusst. Der Historiker Armin Heinen veröffentlichte in der Saarbrücker Zeitung Ende März 1990 einen Beitrag mit dem Titel „Ein saarländischer Blick in die deutsche Zukunft". In ihm versuchte er, dem Leser zu erklären, „warum die Geschichte des Saarlandes ein Lehrstück für die bevorstehende Vereinigung Deutschlands sein kann". Er warnte auch die Ostdeutschen vor Illusionen im Zusammenhang mit der Währungsunion, wie sie die Saarländer 1959 gehabt hatten. „Der Tag X begann mit Freudentaumel und endete mit Ernüchterung".[87]

5. Der Tag X in der DDR und seine Folgen

Manches erinnerte nach dem 1. Juli 1990 tatsächlich an den anderen Tag X, den 6. Juli 1959. Bundesdeutsche Firmen überschwemmten den ostdeutschen Markt mit ihren Produkten. Pausenlos kamen Lkws mit Waren über die frühere innerdeutsche Grenze. Die großen westdeutschen Versandhäuser schickten tausende von Katalogen an die ostdeutschen Haushalte.[88] Der Bedarf an Markenwaren aus der Bundesrepublik war in der DDR groß und reichte vom Auto bis zur Zahnpasta. Zahllose mit allen Wassern gewaschene Vertreter hatten es leicht, ihre neuesten Produkte und gelegentlich auch diverse Ladenhüter an den Mann bzw. die Frau zu bringen. Die ostdeutschen Warenhäuser und Kaufhallen der staatseigenen HO verwandelten sich in Supermärkte von Rewe, Edeka, Aldi, Kaisers, Lidl usw. Die Supermärkte brachten ihre eigenen Warenlieferanten mit. „Schweine, Rinder, Schafe, Milch, Butter, Weizen, Kirschen, Kartoffeln, Gurken Blumenkohl – kaum ein landwirtschaftliches Produkt der DDR ist mehr loszuschlagen," war Ende Juli 1990 im „Spiegel" zu lesen.[89]

Die für den Tag X festgelegte Umtauschquote von Mark der DDR in DM bei laufenden Zahlungen wie Löhne und Renten 1:1 und für Sparguthaben von 1:1 bis 1:2 täuschte der DDR-Bevölkerung eine Kaufkraft bzw. einen plötzlichen Wohlstand vor, den es so nicht gab. In euphorischer Stimmung kauften DDR-

Bürger technische Haushaltsgeräte, Farbfernseher und vor allem Autos fast bedenkenlos auf Raten. „Im ehemaligen Zonenrandgebiet sind die Gebrauchtwagenhändler nahezu ausverkauft. Autos unter 8000 DM gehen weg wie geschmiert", berichtete der Spiegel Mitte Juli 1990.[90]

Doch mit dem Kaufrausch war es bald vorbei. Unmut kam bei den Käufern auf, die sich bis dahin mit ihrem „Begrüßungsgeld" von 100 DM pro Kopf im westdeutschen Grenzgebiet bei Aldi, Penny und Plus eingedeckt hatten. Sie empfanden nun die üblichen Preise von Spar, Kaiser̀s und Meyer, die sich in den bisherigen HO-Kaufhallen ihrer Wohngebiete eingenistet hatten, als überzogen. „In die (DDR-)Provinz wird nur das westliche Standardsortiment geliefert, schrieb der „Spiegel" „Wühltische mit Sonderangeboten aber fehlen. Viele, die vom West-Shopping Schnäppchen gewohnt sind, klagen deshalb über ein zu hohes Preisniveau." [91]

Zur Ernüchterung trug auch die rasch um sich greifende Arbeitslosigkeit bei. Diese hatte im Juni, vor dem Tag X, ungeachtet aller Unsicherheiten, mit der die ostdeutsche Wirtschaft seit der Herbstrevolution belastet war, bei nur 1,6 % gelegen, sie sprang im Juli, dem ersten Monat nach dem Tag X auf 3,1 % und erreichte im Dezember 1990 7,3 %. Zu den 642 000 Arbeitslosen kamen ein halbes Jahr nach dem Tag X zusätzlich 1.795.000 Kurzarbeiter. Zusammengenommen war jeder fünfte ostdeutsche Arbeitnehmer von der Schocktherapie unmittelbar betroffen.[92]

Im Beschäftigungsbereich unterschied sich also die Situation nach dem Tag X in Ostdeutschland von vornherein beträchtlich von der im Saarland 1959. Die ostdeutschen Arbeitslosenzahlen waren Widerspiegelung eines Produktionsrückgangs, der in keinem Vergleich zu den Problemen stand, die die Industrie an der Saar nach dem Tag X gehabt hatte. „Die Bildung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR am 1. Juli, hieß es im am 30. Juli

veröffentlichten Konjunkturbericht des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, hätte unterschiedliche Folgen für die beiden deutschen Staaten gehabt. Während in der Bundesrepublik weiter ein unverändert günstiges Geschäftsklima herrsche, verzeichneten in der DDR fast alle Industriebranchen deutliche Rückgänge. Die ostdeutsche Industrieproduktion sank im Juli schlagartig um mehr als ein Drittel und war im Dezember 1990 nicht viel mehr als halb so hoch wie noch im Monat vor dem Tag X (52,9%). [93]

Bereits am 25. Juli 1990 war der letzte Zweitakt-Trabant vom Band des Zwickauer Automobilwerkes gelaufen. Damit ging die über drei Jahrzehnte währende Ära der „DDR-Volkswagens" zu Ende.[94] Ende August empfanden 81 % der DDR-Bürger die eingetretene wirtschaftliche Situation als „schlecht oder sehr schlecht", wie aus einer Umfrage hervorging, die das Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" vornahm.[95]

Während sich die Arbeiter – fürs erste ruhig gestellt mit Tariflohnerhöhungen bzw. großzügiger Auszahlung von Kurzarbeitergeld, auch in Form des sogenannten „Kurzarbeitergeldex Null" – sich von einigen örtlich und branchenmäßig begrenzten Streiks einmal abgesehen[96] – ruhig verhielten, protestierten die Bauern, die Erzeuger und Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte dagegen, dass ihre Waren in den von westdeutschen Handelsketten übernommenen staatlichen Kaufhallen kaum noch gelistet wurden, mit Straßenblockaden bis hin zum Parlament der DDR, an dessen Eingangstor sie Kühe ketteten.[97] Doch die Volkskammer verfügte ebenso wenig wie die Regierung der DDR noch über die wirtschaftliche Souveränität, um schadensbegrenzend einzuschreiten, sie hatten diese mit dem Tag X an die Bundesrepublik übergeben.

Die Bundesregierung ihrerseits war nicht bereit, für das wirtschaftliche Desaster Verantwortung zu übernehmen. Das Bundesfinanzministerium warf Anfang August dem Finanzminister

der DDR vor, auf wirtschaftlichen Gebiet die ostdeutsche Bevölkerung erschreckende „Tatarenmeldungen“ zu verbreiten.[98] Später waren vor allem die Historiker in den vom Bund gegründeten und subventionierten mit der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ beschäftigten Forschungsinstitutionen bemüht, die Bundesregierung von der Schuld am Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1990 freizusprechen. Sie entwickelten eine Argumentation, die besagte, dass die DDR-Wirtschaft Ende der 80er Jahre so heruntergekommen war, dass sie, wie es in einem weit verbreiteten Heft der Bundeszentrale zur politischen Bildung heißt, in dem Moment kollabieren musste, „als Ostdeutschland mit der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 dem freien internationalen Wettbewerb mit offenen Grenzen und Märkten ausgesetzt wurde.“[99] In seiner „Deutschen Geschichte bis 1990“, identifiziert sich der Historiker Heinrich Winkler mit der Auffassung, dass in der DDR „kaum ein Unternehmen konkurrenzfähig war. … Der Wandel kam schockartig, revolutionär. Beinahe über Nacht erwies sich der größte Teil der ostdeutschen Wirtschaft als hoffnungslos veraltet, wettbewerbsunfähig, dem Untergang geweiht.“[100]

Während diese Auffassung heute von einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt wird, wurden und werden die Stimmen des ökonomischen Sachverstandes weiterhin nicht gehört. Vergeblich bemühten sich eine Reihe von Ökonomen wie Wilhelm Hankel, der unter Bundeswirtschaftsminister Schiller (1966-1971) die Abteilung Geld und Kredit im Bonner Wirtschaftsministerium geleitet hatte und der als Währungsberater für die EG arbeitete, um die Aufdeckung der wahren Ursachen des wirtschaftlichen Desasters der DDR nach dem Tag X. Hankel hat in seinem 1993 erschienenen Buch „Die sieben Todsünden der Vereinigung“ festgestellt: „Nachdem die Bundesregierung bewusst einen Aufwertungsschock herbeigeführt hat, in dem sie die DM nicht zu einem Umtauschsatz von 4 (Ostmark) : 1 (Westmark), wie es der Marktbewertung ungefähr entsprochen hätte, einführte, sondern

zu dem ‚unrealistischen' Satz von 1,8: 1(im gewogenen Durchschnitt aller Geldaktiva und -passiva) darf sie sich nicht wundern, wenn statt des erhofften Wirtschaftswunders das Gegenteil eintritt – eine Wirtschaftskatastrophe."[101] Hankel fuhr dann fort: „Dasselbe wäre ja auch in Westdeutschland eingetreten, wenn man die DM ähnlich brutal und über Nacht zum US-Dollar (d. h. 3,66: 1 – J. R.) aufgewertet hätte."[102]

Fest steht: Der Verzicht auf eine Anpassungsperiode für die DDR-Wirtschaft, die Missachtung der „Krönungstheorie", die Ersetzung einzelner folgerichtiger Anpassungsschritte über den Zeitraum von einigen Jahren verteilt durch die Schocktherapie hat sich zwar für die CDU politisch gelohnt (Kohl blieb noch zwei weitere Wahlperioden Bundeskanzler) nicht aber wirtschaftlich ausgezahlt. Im Jahre 1991 war die Industrieproduktion der fünf neuen Länder der Bundesrepublik auf 32 % des Niveaus von 1989 gesunken.[103]

Nur mit Hilfe massiver, jährlich in die Milliarden gehender Transferleistungen von West nach Ost kam ein „Aufschwung Ost" zustande. Weitaus länger als das Saarland mussten bzw. müssen die neuen Länder „künstlich ernährt werden". Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das – gemessen am Niveau Westdeutschlands – 1989 immerhin 55 % betragen hatte und 1991 infolge der Anwendung der Schocktherapie auf 33 % gesunken war, erreichte 1995 60 %.

Langfristig gesehen ist es jedoch nicht zu jenem Einholen der alten Bundesländer gekommen, das Kanzler Kohl 1990 der ostdeutschen Bevölkerung suggerierte, als er von „blühenden Landschaften" sprach[104], die in drei bis fünf Jahren erreichbar wären. Die zwölf Jahre zwischen 1995 und 2007 brachten das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den neuen Ländern nur wenig näher an das der alten Länder, auf 67,2 % des Westniveaus[105] d.h. pro Jahr holte der Osten nur um einen halben Prozentpunkt auf. Würde dieses „Aufholtempo" aufrechterhalten – was zweifelhaft

ist, denn 2019 sollen die West-Ost-Transfers eingestellt werden – dann hätten die fünf neuen Länder nicht vor dem Jahre 2073 das Niveau der elf alten Bundesländer erreicht.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa fast 20 Jahre nach dem Tag X in Ostdeutschland gaben 71 % der Befragten an, dass sie im Sommer 1990 gehofft hätten, ihre persönlichen Verhältnisse würden sich verbessern. Heute sagen nur 46 %, dass dies auch eingetroffen sei. Der repräsentativen Studie zufolge ist jeder vierte Ostdeutsche der Ansicht, dass es den Menschen in den fünf neuen Bundesländern heute schlechter gehe als vor 1989. 39 % zählen sich explizit zu den Gewinnern der Einheit. Viele Ostdeutsche glauben jedoch heute, sie seien damals nur ausgenutzt worden. Die „Mauer zurück" wünscht sich, wie eine 2008 durchgeführte Umfrage in Berlin und Brandenburg ergab, allerdings nur eine Minderheit von 12 %.[106] Eine deutliche Entfremdung zwischen Ost- und Westdeutschen ist bis heute erhalten geblieben. Viele Westdeutsche haben gemäß der zitierten Umfrage heute das Gefühl „nur für den Osten bezahlen zu dürfen."[107]

6. Schluss

Anders als während der Jubelfeiern zur 50. Wiederkehr des Tages X im Saarland behauptet, wurde die Saar mit der Einführung des DM nicht zum „auch in wirtschaftlicher Hinsicht gleichberechtigten Bundesland", was ja bedeutet hätte, dass es zum Bundesdurchschnitt (der Flächenländer) im Wirtschaftsniveau und beim Lebensstandard aufgeschlossen hätte. Das war selbst zehn Jahre nach der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion des Saarlandes mit der Bundesrepublik noch nicht der Fall. Das Wirtschaftswunder, von dem zum 50. Jahrestag der Einführung der DM behauptet wird, ihm wäre mit dem Tag X die Tür geöffnet worden, ließ noch mindestens ein Jahrzehnt auf sich warten.[108] Des Wirtschaftswunders liebstes Kind, heißt es oft, sei der PKW gewesen. Nimmt man den

PKW-Besatz pro 100 Einwohner zum Maßstab, dann waren 1960 im Saarland 92 % des Bundesniveaus erreicht, 1965, fünf Jahre nach dem Tag es waren es - man staune – 88 %.[109] Wenn anlässlich des 50 jährigen Jubiläums – sicherlich um von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise abzulenken, die auch um das Saarland keinen Bogen macht – versucht wird, an die „von Optimismus getragene Aufbruchsstimmung der ‚Wirtschaftswunderzeit' im Saarland" zu erinnern, dann hat die Politik die Geschichte – gelinde gesagt – einseitig interpretiert.

Wie nach der Krönungstheorie zu erwarten, waren die negativen Auswirkungen des Tages X in der DDR bzw. in den fünf neuen Bundesländern noch viel gravierender als im Falle des Saarlands. Wäre die Bundesregierung 1990 der ökonomischen Vernunft gefolgt, dann hätte sie nicht nur auf jene Politiker, Ökonomen und Wirtschaftskapitäne hören müssen, die für einen stufenweisen Prozess der wirtschaftlichen Anpassung plädiert hatten, sondern sie hätte – auf die Erfahrungen des Saarlandes zurückgreifend – die Anpassungsperiode der ostdeutschen Wirtschaft bis zum Tag X noch über einen längeren Zeitraum als die zweieinhalb bzw. dreieinhalb Jahre, die für das Saarland zur Verfügung gestanden hatten, ausdehnen müssen. Wie wir gesehen haben, hatte die Missachtung der ökonomischen Vernunft zugunsten eines machtpolitischen Kalküls vor 20 Jahren für den Osten Deutschlands weitreichende und lang andauernde Folgen, die bis heute der Festigung der Einheit Deutschlands hinderlich sind.

Quellen

[1] Der Jahrestag hat selbstverständlich im Saarland selbst, aber auch in der überregionalen Publizistik Aufmerksamkeit gefunden. Vgl. die dreiteilige ‚Serie zum „Tag X" in der Saarbrücker Zeitung v. 1.7.2009-3.7.2009; vgl. Karl Otto Sattler, „Bierstreik" nach dem Tag X. Wiedervereinigung. Vor 50 Jahren ging das Saarland mit der Bundesrepublik wirtschaftlich zusammen, Das Parlament 27/2009, S. 8.

[2] Karl-Heinz Roth, Anschließen, angleichen abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000, S. 41, 47.

[3] Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945-1955, Stuttgart 1996, S. 506.

[4] Es herrschte deshalb bei den Architekten des Saarstatuts „allgemeine Erleichterung... als Hoffmann zurücktrat und einer Übergangsregierung sowie Landtagsneuwahlen für den Dezember 1955 Platz machte". (Bruno Thoss, Die Lösung der Saarfrage 1954/55, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 38/ 1990, S. 284).

[5] Vgl. Hannig, Jürgen, Grenzen der Politik. Saarfrage und Abstimmungskampf 1955, in: Richard van Dülmen/Reinhard Klimt (Hrsg.), Saarländische Geschichte. Eine Anthologie, St. Ingbert 1995, S. 336-336.

[6] Marcus Hahn, Die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland
– eine Erfolgsgeschichte? in: Der 23. Oktober 1955
– 50 Jahre danach, (Stiftung Demokratie Saarland, Dialog 15), Saarbrücken 2007, S. 47,

[7] Präsidium des Landtages des Saarlandes, Das Saarland
– Ein langer Weg nach Europa, in: Landtag das Saarlandes, 13. Wahlperiode, Saarbrücken 2008, S. 35-37.

[8] Vierzig Jahre danach. Aus dem Leben der Saarländer. Ausstellungsbroschüre, S. 8.

[9] Regionalgeschichtliches Museum. Stadtverband Saarbrücken (Hrsg.), Von der „Stunde 0" zum „Tag X". Das Saarland 1945-1959, Saarbrücken 1989, S. 438.

[10] Busemann, Kleine Geschichte, S. 86.

[11] Ebenda, S. 246. Marcus Hahn vertritt demgegeüber die Auffassung, dass „diese Übergangszeit für die Wirtschaft keine Entlastung, sondern eine zusätzliche Belastung bedeutete, weil man für beide Märkte, den deutschen und den französischen gleichzeitig produzieren musste." (Hahn, Die Eingliederung, S. 52). Aus der Sicht der Erfahrungen mit der Schocktherapie 1990 gegenüber der DDR halte ich diese Auffassung für nicht überzeugend.

[12] Hahn, Die Eingliederung, S. 55.

[13] Roth, Anschießen, angleichen, abwickeln, S. 43, 52.

[14] Hahn, Die Eingliederung, S. 50.

[15] Ebenda, S. 50.

[16] Der in den 30er Jahren übliche Begriff Rückgliederung des Saarlandes wurde von deutscher Seite vielfach auch auf die 50er Jahre angewendet, obwohl er historisch nicht korrekt war und es sich offiziell um einen Beitritt zur Bundesrepublik handelte. (Vgl. Walter Cartellieri, Wirtschaftskunde des Saargebietes, Saarlouis 1934, S.72-77). In diesem Text werden beide Begriffe gleichwertig verwendet.

[17] Josef Heinz Müller, Probleme der Wirtschaftsstruktur des Saarlandes, Luxemburg 1967, S. 14.

[18] Vgl. Peter Bender, Deutschlands ‚Wiederkehr. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990, Stuttgart 2007, S. 51-61:

[19] Vgl. „Grundsatzerklärung des Landtags des Saarlandes vom 31. Januar 1956" in: Robert H. Schmidt, Saarpolitik 1945-1957, Bd. 3, Berlin 1960, S. 514.

[20] Bundesarchiv Koblenz (BArchK), B 126., Nr. 953, Bl. 203.

[21] Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), St. Augustin, III-011 Nr. 156/2

[22] Ewald Wannemacher, Überschwemmung nach dem „Mairegen". Die wirtschaftliche Integration des Saarlandes vor und nach dem „Tag X", in: Von der Stunde 0, S. 246.

[23] Arbeitskammer des Saarlandes. Zehn Jahre danach. Meinungen, Einstellungen und Verhaltensweisen zehn Jahre nach dem Tag X, Wiebelskirchen 1969, S. 78.

[24] ACDP, III-011, 15571, unp.

[25] Hahn, Die Eingliederung, S. 53.

[26] Wilfried Busemann, Kleine Geschichte der saarländischen Gewerkschaften nach 1945 (Arbeitskammer des Saarlandes. Beiträge 2/2005), Saarbrücken 2005, S. 85.

[27] Wannemacher, Überschwemmung, S. 250.

[28] Ebenda.

[29] DFU-Landesvorstand Saar: DFU: Heimat der Enttäuschten und Irregeführten, Saarbrücken 1960, S. 2-3. (Faksimile im Besitz des Autors)

[30] Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner. Betr: Wirtschaftliche Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik, 17. 4. 1959, BArchK, B136, 953, Bl. 203, 206,

[31] Ebenda, Bl. 203.

[32] Ebenda, Bl. 204.

[33] Ebenda.

[34] Rechnet man Berlin-West, über das weiterhin die drei Westalliierten die Hoheitsrechte ausübten, hinzu, dann handelte es sich beim Saarland um das elfte Bundesland.

[35] Vermerk betr.: Wirtschaftliche Rückgliederung des Saarlandes, BArchK, B136, 935, Bl. 198.

[36] Armin Heinen, Ein saarländischer Blick zurück in die Zukunft. Warum die Geschichte des Saarlandes ein Lehrstück für die bevorstehende Vereinigung Deutschlands sein kann, in: Saarbrücker Zeitung, 31.3.-1.4.1990.
[37] Heimat der Enttäuschten, S. 3.
[38] Busemann, Kleine Geschichte, S. 88.
[39] Der Proteststreik stand unter dem Motto „Das Maß ist voll! (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund Saar. Aufruf zum Proteststreik). Faksimile im Besitz des Autors.
[40] Von der Stunde O, S. 439.
[41] Wannemacher, Überschwemmung, S. 250.
[42] Ein Land gewinnt Profil. Saarland 1959 bis 1979, Saarbrücken 1979, S. 189.
[43] Busemann, Kleine Geschichte, S.- 113.
[44] Deutsche Saar v. 10.7.1990.
[45] Wannemacher, Überschwemmung, S. 250.
[46] Helbig an Ministerialrat Loosen. 14.10.1959, BArchK, B136, 950, Bl. 48.
[47] Abert Seyler, Bilanz der Rückgliederung der Saar, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 20.10.1959.
[48] Heinen, Blick zurück.
[49] Busemann, Kleine Geschichte, S. 87.
[50] Der Volkswirt, Beilage zu Heft 11, März 1960, S. 13.
[51] BArchK, B 136, Nr. 951, Bl. 144.
[52] Zitiert in: Der Spiegel v. 8. 7.1959.
[53] Busemann, Kleine Geschichte, S. 113.
[54] Müller, Probleme der Wirtschaftsstruktur, S. 23.
[55] Zehn Jahre danach, S. 78.
[56] Wannemacher, Überschwemmung, S. 254.
[57] Hans Bünte, Kleine Saarbrücker Stadtgeschichte, Regenburg 2009, S. 129-130.
[58] Zehn Jahre danach, S. 23.
[59] Hahn, Die Eingliederung, S. 55.
[60] Ein Land gewinnt Profil, S. 45.
[61] Ohne Meinung: 7 %. (Zehn Jahre danach, S. 78).
[62] Zehn Jahre danach, S. 79.
[63] Ebenda, S. 82.
[64] Wilfried Busemann, Die saarländischen Gewerkschaften und der 23.10.1955, in: Der 23. Oktober 1955, S. 71.
[65] Vgl. Roth, Anschließen, angleichen, abwickeln, S. 49-66.
[66] Ebenda, S. 69, 72-76.
[67] Hanns Jürgen Küsters, Entscheidung für die deutsche Einheit, in: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998.
[68] Ebenda, S. 80-81.

[69] Ingrid Matthäus-Maier, Signal zum Bleiben. Eine Währungsunion könnte den Umbau der DDR-Wirtschaft beschleunigen, in: Die Zeit v. 19.1.1990, S. 23.
[70] Der Spiegel v. 27.11.1989, S. 22.
[71] Ebenda.
[72] Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR, Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR, Berlin 1990, S. IV, 17.
[73] Küsters, Entscheidung, S. 90.
[74] Küsters, Entscheidung, S. 81.
[75] Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sondergutachten vom 20. Januar 1990.
[76] Thilo Sarrazin, Die Entstehung und Umsetzung des Konzepts der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Tage, die Deutschland und die Welt veränderten, S. 164-165.
[77] Vgl. Vermerk des Regierungsdirektors Nehrig, Bonn 6. 2.1990; Schreiben des Bundesministers Waigel an die Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Bonn, 7.2.1990, in: Deutsche Einheit, S. 761, 766-767.
[78] Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Schneider an Bundeskanzler Kohl, Wiesbaden 9.2.1990, in: Deutsche Einheit, S. 778-781.
[79] Zitiert in: Das Parlament 9-10/1990, S. 2.
[80] Lutz Hoffmann, Wider die ökonomische Vernunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 10.2.1990.
[81] Hans Willgerodt, Gutachten: Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, Köln, März 1990, S. 43-44.
[82] Lutz Hoffmann, Die ökonomische Rationalität, in: FAZ v. 26.4.1991.
[83] Vgl. Helmut Kohl, Mein Tagebuch 1998-2000, S. 118-119.
[84] Vgl. Regierungserklärung von Lothar de Maizière vom 19. April 1990, in: Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 159.
[85] Vgl. Kohl, Mein Tagebuch, S. 111-112.
[86] Robert Leicht, Königsweg zur Einheit. Das Saarland als Beispiel: Wie ein abgestufter Beitritt zur Bundesrepublik gelang, in: Die Zeit 10/1990, S. 7.
[87] Armin Heinen, Blick zurück.
[88] Der Spiegel 30/90 v. 23. 7. 1990, S. 67.
[89] Der Spiegel 30/90 v. 23.7. 1990, S. 66.
[90] Der Spiegel 29/90 v.16.7.1990, S. 45.
[91] Ebenda.
[92] Monatszahlen 1990, zitiert aus: George A.

Yellen/Helga Hessenius: East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union, in: Brookings Papers of Economic Activity, 1/ 1991, S. 8; vgl. auch: Ulrich Busch /Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz, Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg 2009, S. 51.

[93] Monatszahlen 1990 in: Akerlof u. a., East Germany, S. 6.

[94] Zeno und Sabine Zimmerling, Neue Chronik DDR 7.-8. Folge. 7. Mai 1990- 2. Oktober 1990, Berlin 1990, S. 165.

[95] Ebenda, S. 200.

[96] Vgl. z. B. den Müllarbeiterstreik vom Juli in Berlin. (Der Spiegel 30/90, S. 77).

[97] Zimmerling, Neue Chronik DDR, S. 172.

[98] Ebenda, S. 185.

[99] Manfred Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, Bonn 1997, S. 48.

[100] Karl August Winkler, Der lange Weg nach Westen II. Deutsche Geschichte 1933-190, Bonn 2004 S. 614.

[101] Wilhelm Hankel, Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin 1993, S. 22.

[102] Ebenda, S. 22-23.

[103] Jaap Sleiper, Planning Ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002, Berlin 2006, S. 168.

[104] Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Modrow, Bonn 13. 2.1990, in: Deutsche Einheit, S. 823; Telefongespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush, 20.3.1990, in: Ebenda, S. 961.

[105] Busch u. a., Entwicklung und Schrumpfung, S. 175.

[106] Neues Deutschland (ND) v. 11.7.2008.

[107] ND v. 3.-4.1.2009.

[108] Vgl. www.tag-x.homburg.de .

[109] Müller, Probleme der Wirtschaftsstruktur, S. 25.